



AKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Klima

Klima

Klima

Klimabilanzbetrug

Eigentlich ein Ding wie der Dieselabgasskandal, nur nicht im justiziablen Sinn, weil die einen es sowieso nicht glauben und die anderen alles glauben wollen, besonders, wenn es Geld gibt. Es ist aber etwa so, wie wenn die Stadt beschlösse, dass Flugzeuge in weitem Bogen den Luftraum über der Stadt zu umfliegen haben, damit ihre Kohlendioxidbilanz nicht den Fußabdruck der Stadt belastet. Nur eine Verschiebung der Klimabelastung aus den eigenen Bilanzen hinaus. Das sollte ein Straftatbestand werden, der, es geht schließlich um Klima, auch rückwirkend gilt. Und die andere Sache ist das Geld. Dass das irgendwo erarbeitet werden muss, kommt in dem Klimamodell des Aktionsplans gar nicht vor, man geht davon aus, dass Geld nicht emittiert.

Eine Stadt, die klimaneutral sein wollte, müsste zuallererst finanzneutral werden. Alle Zuflüsse von Geld sofort stoppen. Und kein zusätzliches Geld von Bürgern einziehen und es schon gar nicht für Maßnahmen des Wohlbollens und der Launebildung ausgeben. Was dann noch übrigbleibt, darauf wäre man ohne Geld für eine Erstellung eines Aktionsplans auch gekommen.



Wir lasen für Sie den Klimaaktionsplan

Zweihundertsechzig Seiten, und das war gewiss nicht billig. Nur: das, was man unter Wirksames zählen könnte, das hätte man auch als erste naheliegende Ideen von straßenklebenden Studenten kriegen können, na gut, nicht von denen, aber von der Kaffeerunde aus dem Stadtteilzentrum Lisa, halt so das, wovon wir gehört haben, dass es für Klima und Energie von Belang sei, Wärme aus der Saale abziehen und Lichtfänger und Verbot brennbarer Heizmittel. Triviale Ideen.

Das Design hätte auch die Stadt so nebenher hingekriegt.

Der, wie ist jetzt der politischkorrekt-sanfte Ausdruck für Schwindel?, der jedenfalls ist in dem ganzen Kram zu finden, der Geld kostet, Geld verschlingt, Geld verteilt, ohne Rücksicht darauf, dass das Geld ganz klimaschädlich erarbeitet werden muss.

Da geht es so los: „Entwicklung einer Kommunikationsstrategie“, Ziel solle es sein, „eine Marke für den Klima-Aktionsplan zu schaffen, mit der sich alle Akteure identifizieren und die in der Stadt jedem bekannt ist. Dabei sollten auch Unternehmen, z. B. durch öffentliche Interessensbekundungen (Letter of Intent) mit eingebunden werden, die das Ziel der Stadt unterstützen. Dabei müssen v. a. die Ambitionen der Stadt deutlich werden. Um diese seriös und glaubhaft zu vermitteln, ist ein aktives und kontinuierliches Auftreten des Bürgermeisters und die Einbindung des Stadtrates gefordert. Ferner sollten die bestehenden Initiativen in die Kommunikation mit einbezogen werden, um zu vermitteln, dass ein gemeinsames Ziel verfolgt wird“ und so weiter.

Dass der Bürgermeister kontinuierlich auftritt, könnte aber auch kontraproduktiv wirken.

„Hauptverantwortlich: Stadt Jena (Team Öffentlichkeitsarbeit, Klimaschutzkoordination)

Weitere Akteure: Stadt Jena, JenaKultur, Klimaschutz-Stiftung Jena-Thüringen, Klimaschutz-Agentur, bestehende Klimaschutz-Initiativen (RTKU, Klimaentscheid Jena, Radentscheid Jena, FFX etc.), lokale Medien (takt, Oscar am Freitag, Allgemeiner Anzeiger, Jena-TV, Radio OKJ etc.)“ An das Senioren-Akrützel wurde nicht gedacht, dabei hätte das gebündelte Geld vielleicht gereicht, dass wir nicht so genau hinschauen. Denn: „Kosten: 50.000 € für die Erarbeitung“.

Dann die „Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für niederschwellige Informationen 20.000 €/a.“

Dann, „Einrichtung eines kommunalen Förderprogramms“ mit der Rolle der Stadt: Motivieren und beraten.

„Kurzbeschreibung: Für viele auch in diesem Maßnahmenkatalog dargestellte Maßnahmen gibt es auf Bundes- und/oder Landesebene Förderprogramme. Um die Inanspruchnahme dieser Programme auch tatsächlich zu forcieren und zu unterstützen, wird die Einrichtung eines eigenen kommunalen Förderprogramms empfohlen. Aufgabe dieses Programms soll weniger sein, die von Bund und Land geförderten Maßnahmen zusätzlich mit eigenen hohen Beträgen zu finanzieren. Stattdessen soll das Programm über eher kleinere Beträge dazu animieren, neben dem kommunalen auch weitere Programme in Anspruch zu nehmen und über die

Förderrichtlinien eine Art Fördermittel-Kompass anzubieten oder dort gezielt zu fördern, wo überregionale Programme nicht greifen. Eine weitere wichtige Funktion des eigenen kommunalen Programms ist die Möglichkeit, Standardisierungen und Qualitätsanforderungen zu definieren und neue, für die Klimaneutralität 2035 notwendige Standards zu setzen, die im Sinne von ‚fordern‘ und ‚fördern‘ in den Markt gebracht werden.“

Das ist wie gesagt der sogenannte Klimaaktionsplan. Für den Klimabesorgte gekämpft und sich engagiert haben.

Dann wird was von sich selbst abgeschrieben aus Hannover, „Einführung eines Tarifbestandteils bei den Endkunden der Stadtwerke auf auszuwählende Energieträger ‚Klima-Cent‘“ für einen jährlich auszuschütten den „Förderbetrag in Höhe von 1 Mio. Euro“, „Schaffung weiterer Stellen für die Klimaschutzkoordination“, „Um die Aufgaben aus dem Klima-Aktionsplan erfüllen zu können, muss eine langfristige Verankerung des Klimaschutzkoordinators erfolgen. Ferner sind die Aufgaben nicht von nur einer Personalstelle leistbar. Dazu muss zunächst eine weitere Stelle geschaffen werden.“

Hier etwas gestrafft, aber aufs Wesentliche komprimiert. Alles, wie man es in Jana mag und versteht. „Je nach Aufgaben, die von der Stadt oder den Stadtwerken an die Klimaschutzagentur übergehen, ergibt zunächst sich ein geschätztes benötigtes Finanzvolumen zwischen 500 Tausend Euro und 1 Mio. Euro.“

Die „Einberufung einer Klima-Werkstatt“ würde 1000 Euro pro

Veranstaltung kosten: „Um für das Thema und die Bedeutung des Ziels Klimaneutralität alle Ebenen der Gesellschaft zu sensibilisieren, gleichzeitig aber auch die Bürgerschaft im Prozess zu beteiligen, soll eine Klimawerkstatt einberufen werden. Dieses Instrument ist wichtig, um in einen Austausch mit der Stadtgesellschaft zu kommen und dementsprechend auch die Belange der Allgemeinheit berücksichtigen zu können.“

So schön könnte es die Allgemeinheit gar nicht formulieren.

„Interkommunales Klimaschutz-Netzwerk“ wäre „150.000 € für die Konzepterstellung, ohne investive Kosten; keine zusätzlichen Kosten für die Stadt.“

Die „Einrichtung einer Klima-Servicestelle für Unternehmen“ macht „25.000 €/a, Finanzierung: Eigene Mittel, Personalbedarf: 1,5 Personalstellen“.

„Konzept und Umsetzung ‚Klimafreundlicher & moderner Arbeitsplatz Stadtverwaltung‘, 20.000 € für das Konzept“, es werden sich also viele Leute über viel Geld freuen.

Richtig unverschämt wird es beim „Parkraummanagement“, denn: „Zentrales Element dabei ist die Ausgestaltung der Parkgebühren.“ Klar. Teurere Anwohnerparkausweise reduzieren vielleicht die Zahl der Anwohner.

Mehr Stellen für Klimakoordination und Vermittlung. Bewerbermangel dürfte nicht das Hauptproblem werden.

Die kruden Thesen gibt es auf jena.de, wichtige Leute erhielten sie gedruckt. Kleinere Schrift oder beidseitige Bedruckung hätte schon einen Papierspareffekt gehabt. Ohne einen Planungspunkt denkt daran halt niemand.

Zu beachten ist, es heißt nicht mehr Planerfüllung, sondern Umsetzung.

Extern erarbeitetes Geld für Leute, die vielleicht keinen weiteren Schaden anrichten, wenn sie sich gegenseitig was vom Klima erzählen. Dass davon nur ein einziges Weltklima gerettet würde oder auch nur städtische Klimaneutralität erlangt werden könnte, das glaubt man nicht einmal in Jena. Aber vielleicht ist auch hier der Kippunkt schon vorüber. ●

Schadenersatz

Die Stadt wurde verurteilt, wegen verweigerter Baugenehmigungen einem Investor Schadenersatz in mutmaßlicher Millionenhöhe zu zahlen. Der Gesamtschaden städtischen Handelns wird indes weitaus höher geschätzt.

Beförderung

Eine Jenaer Politikerin bekommt den Oberposten bei der Entsorgungsindustrie. In ihrer Bewerbungsmappe konnte sie alle Zeitungsausschnitte präsentieren, in denen über sie etwas geschrieben worden war.

Preis ausgeschrieben

Wieder vergibt Jena den Jenaer Preis für Zivilcourage. Von der Verleihung wird wieder ein starkes Signal ausgehen dafür, was in Jena unter Zivilcourage zu verstehen ist und was nicht.

Besetzung

Aktivisten besetzten ein leerstehendes Gebäude der ehemaligen Kinderklinik. Damit zeigten sie die Warnung an alle, keine Häuser leerstehen zu lassen, denn sonst kommen Aktivisten und be-

setzen. Die Polizei räumte und verwies die Aktivisten des Platzes, demzufolge steht es um die städtischen Finanzen schlecht, wenn nicht den Aktivisten die Miete bezahlt und für sie ein neuer Ort gesucht wird.

Kofferfund

Ein herren- und damenloser Koffer, aus dem weißes Pulver auslief, verursachte am Klinikum einen Großeinsatz der Gefahrenabwehr, bei dem festgestellt wurde, dass keine Gefahr bestand. Das ist ein weiterer Punkt für die Entkriminalisierung von weißem Pulver.

Vermöbelung

An einer Haltestelle in Jena-Nord hat eine Frau einen Mann, wie die Zeitung es formuliert, vermöbelt. Näheres ist nicht bekannt, da war es wohl eine Racheaktion für dreißigtausend Jahre Patriarchat.

Weißer Pfau

In Jena-Nord wird ein weißer Pfau gesichtet, der umherspaziert. Demnach kennt er seine Privilegien. Die Jenaer fragen sich nun, wieviele weiße Pfauen sie gesehen haben müssen, um sicher vorhersagen zu können, dass der nächste Pfau, der kommt, weiß ist.



Energie-Feuilleton: Stadtwerke erfreuen Kunden mit Beilage zur Abrechnung

Nicht alle Kunden der Stadtwerke werden mit ihrer Abrechnung etwas zurückbekommen, da wollte der Versorger zeigen, dass er die Versorgten auch über eine farbige Beilage an den Gewinnen teilhaben lässt, und was wäre da besser geeignet als ein Faltblatt mit Tipps zum Energiesparen? Vieles, aber es geht ja auch darum zu zeigen, dass man nicht etwa zum Energieverschwenden animiert, um Profite zu machen, sondern weiß, dass die meisten Leute gerne Geld behalten.

Die Frau auf dem Foto, die zärtlich eine 20-Cent-Münze in ein Sparschwein einführt, freut sich

auf der nächsten Seite auch in Gestik und Mimik, wir wissen jetzt nicht, ob es sich um einen Schnappschuss handelt davon, wie sie erfährt, was gespart zu haben, oder ob das Bild aus dem Archiv kommt und so gut gepasst hat.

Stromsparen und optimal heizen, dazu gibt es die passenden Anregungen. Clever kochen, Geschirrspüler voll machen, Geräte ausschalten. „Wäschetrockner? Luft tut's auch.“ Theoretisch ebenso bei der Körperwäsche, aber der gemä-



ßigte

Tipp geht:

„Oft vergessen: Kosten für Warmwasser.“

Was uns zu der Frage führt, was wohl dieses Faltblatt gekostet haben mag. So baten wir bei der Pressestelle der Stadtwerke um die Auskunft, wie teuer Erstellung und Druck des Faltblatts waren und wer auf die Tipps gekommen ist.

Wir erhielten zur Antwort: „Es ist uns wichtig, unseren Kunden in Zeiten der Energiekrise mit Tipps und Hinweisen zur Seite zu stehen und ihnen aufzuzeigen, wie sie mit einfachen Handgriffen Energie sparen können. Deshalb haben wir in interner Eigenleistung den betreffenden Flyer erstellt und uns inhaltlich dabei auf Tipps der Arbeitsgemeinschaft für sparsame Energie und Wasserverwendung (ASEW) bezogen bzw. ließen wir auch das Know-how unserer Energieberater mit einfließen. Kostenseitig liegt der Druck des Flyers im niedrigen vierstelligen Bereich.“

Das ist Jena, wo ein vierstelliger Bereich als niedrig angesehen wird. Damit könnte man ein ganzes Senioren-Akrützel drucken.

Interne Eigenleistung, das heißt, man hat es zusammen gemacht. Impulsreferat und Ideenkonferenz, verbrauchernah und ohne zu verschrecken. Aber im Rahmen der sinnvollen Arbeitszeitgestaltung.

Wer jetzt noch über hohe Energierechnungen klagt – an den Stadtwerken liegt es nicht. ●



Report



Erwiesene Machbarkeit

Die Präsentation der Machbarkeitsstudie, für die Anja Siegesmund 170.000 Euro kurz vor der ausgefallenen Wahl an die Erfurter Deutsche Umwelthilfe und eine Nebenorganisation fließen ließ, wurde uns nach mehrmaligem Verschieben des Termins für diesen Frühling angekündigt, und zwar als groß.

Wir haben das leider verpasst, darum fragten wir beim Ministerium nach:

Welche anderen Städte haben Interesse an den Ergebnissen bekundet?

Hat der Minister sich für die einzelne Verwendung der Fördergelder interessiert?

Sind die Kosten der großen Präsentation in den 170.000 Euro Fördergeld für die Studie enthal-

ten, oder wurden sie aus einem anderen Budget bezahlt?

Darauf kam leider keine Antwort, was uns in die komfortable Lage versetzt, nicht verhehlen zu müssen, dass wir das Ganze für ein soziologisches Konstrukt halten, denn eine Gegendarstellung gegen das, was uns auf Anfrage nicht gesagt wurde, oder dafür verklagt zu werden, ist nach konservativer Rechtsprechung nicht möglich.

Nach persönlichen, finanziellen, familiären oder sexuellen Verflechtungen haben wir gar nicht erst gefragt.

Was wir wissen: Steuergeld wurde als Fördermittel gezahlt, besonders eilig hatte man es mit dem Klimathema nicht, es wäre nicht für ökologische Untersuchungen ausgegeben worden, sondern um

zu konzipieren, wer mit wem worüber redet.

Was wir nicht wissen: Ist die Umwelthilfe ein Subunternehmen von Agora Energiewende? Ist das Geld weg, oder wurde es als Rücklage in das schon übernächste Geschäftsjahr übertragen? Besteht eine Absicht, dem Ministerium gegenüber die Abrechnung der Ausgaben darzulegen und zu begründen? Wäre Anja Siegesmund auch sonst auf ihre neue Stelle gekommen?

Wenn es darum ging herauszufinden, ob man damit durchkommt, hatte die Studie Erfolg.

Es gibt so vieles, was wir nicht verstehen.

Darum sind wir ja die einfachen Bürger und brauchen Journalisten und Politiker, die uns daran immer wieder erinnern. ●

Leicht angekratzte willige Anstifter in verantwortlicher Position

Da gab es in den Nachrichten etwas von unseren stammesgeschichtlich nächsten Verwandten, der Grünen Jugend. Den Prozess und das Urteil gegen Lina E. bezeichnete die Grüne Jugend als Farce.

Das macht uns nun ratlos, ist das eine Delegitimierung des Staates? Ein Angriff auf unsere Demokratie und die Institutionen?

Die Grüne Jugend können wir ja nicht fragen, so baten wir bei der Pressestelle des Thüringer Justizministeriums um die Auskunft, ob die Ministerin darin eine Delegitimierung des Staates erkenne.

Die Pressetante der Justizministerin war so originell zu antworten: „Gerichtliche Urteile werden vom Justizministerium grundsätzlich nicht kommentiert. Vgl. GG Art 97 (1): Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen.“

Zur Einordnung von Äußerungen einer parteinahen Jugendorganisation wenden Sie sich bitte an die entsprechende Partei.“

Nur die Partei darf das also.

Der Presse zu entnehmen war eine Äußerung des Thüringer Innenministers, er befände, die linksextreme Szene radikalisiere sich, die größere Gefahr gehe aber von rechten Strukturen aus.

Das könnten nun welche in den falschen Hals kriegen, das könnte als Ermutigung missverstanden werden: Macht nur, die andere Seite ist ja schlimmer und gefährlicher für uns! Aus Worten werden Taten, so ein bekanntes Wort.

Darum baten wir die Presse sprecherei des Ministers um die Auskunft, was der Herr Minister erwartet, welche Taten aus diesen seinen Worten werden.

Nachdem keine Antwort kam, bemerkten wir den Fangfragegehalt. Einen Politiker nach Verantwortung für Konsequenzen zu fragen, das ist fast schon Delegitimierung des Staates. Genausogut könnten wir bei den Presseleuten des Bun-



despräsidenten, der immer von denen, „die unsere Demokratie angreifen“, redet und von einem „Angriff auf uns alle“, anfragen, ob der Herr Bundespräsident die Linken mit den Ausschreitungen in Leipzig-Connewitz zu denen,

die unsere Demokratie angreifen, rechnet und ob die Angriffe der Linken auf Polizisten Angriffe auf uns alle sind.

Was wir getan haben.

Schwere Frage für die. Irgendwann hat es keinen Sinn mehr. ●

Die Klimaneutralität darf nicht an der Antidiskriminierungsstelle scheitern



Der Regionalteil der TLZ bringt einen Artikel zu einem Jahrestag, zehn Jahre Antidiskriminierungsstelle, und die Abgehobenheit des Artikelverfassers und seiner Blase zeigt sich nicht nur in der guten Laune, die die alle immer haben bei ihren guten Anliegen, die sich doch eigentlich schlimmen Angelegenheiten widmen, sondern schon daran, dass ihm, wenn er weniger abgehoben

wäre, auffallen würde, dass Antidiskriminierungsstelle schon so nach bescheuertem linkem Schwindel klingt, der nur den Zweck hat, dass Linke mehr Geld kriegen, und er sich alle Mühe geben würde, diesen Eindruck zu widerlegen, statt ihn noch weiter zu pflegen und zu verstärken.

Rassismus sei das größte Problem und alles nur die Spitze des Eisbergs, was ja sein kann, aber

dann müsste und würde man das anders sagen und aufschreiben, dann gäbe es Fälle, dann würde man diese Ansage zum Anlass nehmen zu recherchieren, dann würde man die Erfolge der Stelle beschreiben, die darin bestünden, wie sie Menschen hat helfen können. Aber was es gibt, sind soziologische Geredeeinheiten. Ein Problem wird bewirtschaftet, indem danach gesucht wird.

Der Artikel selbst wäre ein Fall für die Antidiskriminierung, er diskriminiert die Leser, denen er mit der staatlichen Verlautbarungsattitüde entgegentritt. In unserer Bestdemokratie obliegt es einer solchen Stelle, uns zu zeigen, dass sie ihr Geld wert ist, mithin unser Geld verdient, und nicht, dass wir sie verdient haben. Die Zeitung kann ja dabei unterstützend wirken. Wenn der Verfasser wissen wollte, wie man es für die Leser interessant macht, hätte er uns fragen können, aber die Leser sind genauso egal wie die Objekte der Antidiskriminierung. Er hätte ja schreiben können, wie jemandem dabei geholfen wurde, nicht mehr gefragt zu werden: Darf ich da, wo du herkommst, deine Haare anfassen?

Das alles sind Relikte aus der Zeit, als wir uns den linken Schwindel noch leisten konnten, also solche finanzierten Stellen und solche Zeitungen. Das Klima läuft uns aber davon, wir müssen aus alledem aussteigen, wenn wir vor den Kippunkten noch den Kurswechsel schaffen wollen. ●

IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jena führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund, verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogspot.de

Die Büste lebt

Manchmal können wir den Lokalredakteuren behilflich sein, einen durch missverständliche Formulierung erweckten Eindruck zu korrigieren.

Eine Redakteurin schrieb von ihrem verlängerten Wochenende, welches sie mit befreundeten Familien verbrachte, was gewiss uns alle mehr freut als interessiert. So, wie es zu lesen war, schien es, als handelte es sich bei den befreundeten Familien um die von anderen Redakteuren und Stadtobrigkeit.

Im Ferienpark nämlich staunte man über eine Lenin-Büste. „Wir waren ratlos, was er da tut. Ein Kollege aus der Redaktion gab den Hinweis, der Ferienpark werde von MLPD-Mitgliedern betrieben.“ Unter kapitalistischen Bedingungen müssen die staatlichen Lagerkapazitäten zweckentfremdet genutzt werden.

„Ein weiterer Redaktionskollege ergänzte, dass man in Jena einst eine Leninstraße hatte“, und ein Grüner, der auf einem Stadtposten staatsfinanziert wird, wusste Bescheid, den er sogleich in das Schweigen hinein gab, wer die Sophie selbiger Straße war.

Da fahren also welche aus Presse und Partei – so klang es – zu einem gemeinsamen Wochenende, und das in einem Ferienpark, der von Marxisten-Leninisten betrieben wird.

Wem das Problem nicht deutlich wird, der möge sich nur mal vorstellen, wenn es politisch andersherum gewesen wäre. Was wäre jetzt das Gegenteil zu MLPD, NPD

vielleicht, wenn es die noch gibt, „III. Weg“, wobei die genau so aussehen, wie sich linke Verfassungsschützer die Rechten vorstellen. Oder für Presseleute: Freie Wähler für Thüringen. Also Schockpotenzial, das nicht relativiert werden dürfte.

Darum erbaten wir bei der Redakteurin die Auskunft, ob sie ein berechtigtes öffentliches Interesse sieht zu erfahren, ob das Ausflugsziel des MLPD-mitgliederbetriebenen Freizeitparks von demselben Redakteur ausgesucht wurde, dem die Betreiber bekannt sind.

Sie antwortete uns, „der Redakteur, der mich darüber aufklärte, dass die Betreiber des Freizeitparks der MLPD angehören, war nicht mit im Freizeitpark.“

Ich war mit mehreren bekannten Familien privat dort. Von unserer Ausflugsgruppe konnte sich zunächst keiner erklären, weshalb dort eine Lenin-Büste stand.

Der Redakteur gab mir nach meinem Kurzurlaub den entscheidenden Hinweis, da ich in der Redaktion meine Verwunderung über die Büste ausdrückte.

Ich hoffe ich konnte Ihre Frage beantworten.“ Mehr als das, die Frage hat sich erübrigt.

Wie schön, dass auch in Jena mal das Naheliegende nicht das Zutreffende ist. ●



Gestrichener Artikel

Was kommt als nächstes, ein Institut für Klimagesundheit?

Wir tun ja hier immer so, als würden wir uns gegen Cancel-Kultur einsetzen oder zumindest nicht dafür. Nun aber müssen wir eingestehen, dass die Schere im Kopf zugeschnitten hat und wir einen geplanten Artikel streichen.

Wir dachten uns, wir spinnen daher, dass ein Institut für Klimagesundheit eingerichtet wird. Wir wollten die Leser aufrütteln, wir wollten zugleich zeigen, dass noch nicht alles zu spät ist, wenn der Leser einen solchen Artikel für komplett absurd hält und denkt, jetzt spinnen die beim Senioren-Akrützel total. Ein Perry-Rhodan-artiger Name wie Planetary Health Behaviour hätte klargemacht, dass hier ein übertriebener Blödsinn zur Warnung vor pseudowissenschaftliche Parascientology die üblichen Klischees bedient,

wie sie in einschlägigen Kreisen kursieren, in denen man von einer faschistoiden Dummheitsdiktatur unter dem Deckmäntelchen von Pandemie und Klima schwadroniert, weil man so paranoid ist.

Wir mussten diesen Artikel canceln.

Wir danken für Ihr Verständnis. ●



Neues Institut an Erfurter Uni: Klimaverhalten verstehen, um es zu verändern

Erfurt. An der Uni Erfurt wurde ein Institut für klimagesundes Verhalten eröffnet. Die Chefin ist in der Welt der Wissenschaft schon länger keine Unbekannte mehr.

Zu wenig beachtete Meldung auf JenaTV über mangelnde Vorbereitung auf eine mögliche Gefahrenlage



Die Überraschung darüber, dass Jena in irgendeinem Vergleichstest sehr schlecht wegkommt, ist so ungewohnt, dass man gar keine Routine im Umgang damit hat. Da wurde einmal nicht nach Zufriedenheit mit der Vielfalt gefragt, sondern eine Studie angefertigt mit Daten des Statistischen Bundesamtes, und Jena belegt im Ranking aller Städte und Landkreise nur den Platz 378. Von 402. Sehr viel tiefer wäre es also gar nicht gegangen, aber darauf kommt es ja nicht an. Wie JenaTV

die Studie zitiert, wäre dies bei einer eintretenden Gefahrenlage aus dem untersuchten Katastrophenszenario unzureichend: „Im Falle einer Zombie-Apokalypse sind die Überlebenschancen in Jena nicht besonders gut.“

Bei Vampiren könnte es in der Lichtstadt nicht viel besser aussehen, es käme da auf Sonnenlicht an, wie man weiß.

Geprüft worden seien die fünf Kategorien Verletzlichkeit, Verstecke, Vorräte, Mobilität und Sicherheit. Die Gesundheitsversorgung wäre überdurchschnittlich, jedoch: „Vor allem die Kategorie Mobilität zieht die Wertung nach unten – wobei für die Studie nicht etwa der ÖPNV relevant ist, sondern die Anzahl der Autos. Auch die Vorräte sind im Falle einer Zombie-Apokalypse nicht gerade üppig.“

Dafür kann uns niemand nachsagen, wir hätten eine ausgeprägte Vorräteanlegerszene.

Und man muss bei dem Themenfeld Automobilität eben abwägen, mit welcher Apokalypse man eher rechnet, der mit Klima oder der mit Zombies.

Zu unserer Überraschung wurde noch kein Zombiebbeauftragter eingestellt, noch nicht einmal wurde diese Forderung erhoben.

Das ist erstaunlich, wenn man bedenkt, dass es vielleicht Geld vom Bund geben müsste. Man könnte indes auch zu der Vermutung verleitet werden, dass die Zombie-Apokalypse längst, unbemerkt, eingetreten ist. Wenn wir noch keine Zombies haben, wer macht dann immer die wöchentliche Videoansprache?

Wir könnten uns vielleicht darauf einstellen, dass uns vermittelt würde, dass ein Zusammenleben, oder in diesem Falle müsste man wohl besser von Zusammensein sprechen, mit Zombies eine Chance ist, die uns ein Mehr an Offenheit für alle bringt.

Etwas fragwürdig bleibt jedoch, warum Jena in der Kategorie Verletzlichkeit gut abschneiden soll dank der Gesundheitseinrichtungen. Zombies könnten durchaus zu einem Anstieg psychischer Beeinträchtigungen führen, da gäbe es Kapazitäten, die Unfallchirurgie wäre aber für Verletzungen durch Zombies nicht so

sehr in der Position zu helfen. Natürlich wieder, wenn es um Verletzungen aufgrund der Massenpanik ginge. Zombies saugen das Hirn aus. Da wird eine Diagnostik mit Computertomographie nur zur Klarheit beitragen, ob die Zombifizierung schon eingetreten ist.

Sicher sein können wir zumindest, dass die Stadt dank des Beitrags auf JenaTV so weit sensibilisiert ist, dass im nächsten Wahlkampf bei den Parteienständen ausgerufen wird: Das ist keine Zombie-Apokalypse! Kein Grund zur Panik! Gehen Sie weiter! ●

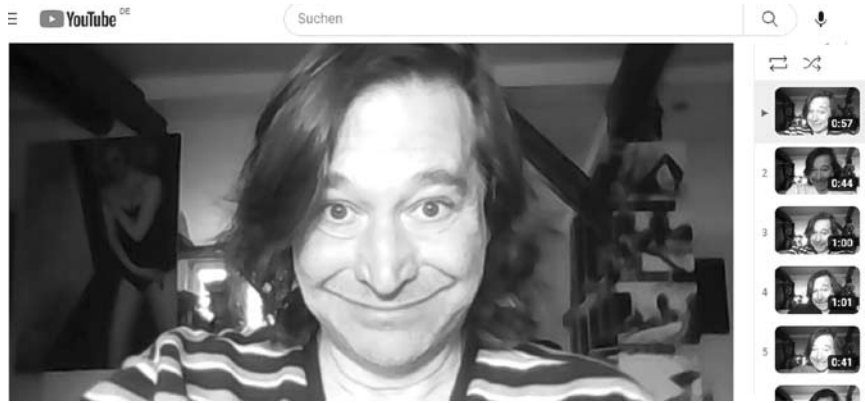


Jenaer Impressionen



Reklame

Müssen Sie gucken



Senior-Influencer auf Youtube oder direkt auf www.zellerzeitung.de

DAS HIGHLIGHT FÜR IHRE GÄSTE, DIE SCHON ALLES HABEN: BEKANNTER KARIKATURIST ZEICHNET ALLE, DIE DAS WOLLEN, ALSO ALLE



IM RAUM JENA ~~AB~~ BIS 300,-EURO
(03641) 619434

Neu



CARTOONS FROM A ROOM

Kostenloses Gratis-PDF zum Umsonst-Herunterladen für 0,- Euro ohne Bezahlschranke auf www.zellerzeitung.de unten bei den Klassikern

Das wäre echt mal was Besonderes oder wenigstens was Anderes



Maßgefertigte Porträtzeichnung von Ihnen oder jemandem, den Sie überraschen möchten

Nur 150,- Euro
0175-240 61 81



100 Seiten, 20 Euro, www.solibro.de

Ende der Reklame



Eins ist klar: die Kante **Gleichlegungsbeauftragte sieht Schiefelage bei Kellnerwitzen**



Die Stärke einer Redaktion erweist sich nicht zuletzt darin, wie sie es schafft, unterschiedliche Nuancen auszuhalten. Da halten wir es mit den Meinungen wie mit dem Mittagessen; jeder hat etwas eigenes, aber alle sind gemeinsam am Tisch. Wahr ist aber auch, die Gesellschaft funktioniert nicht nach dem Prinzip Redaktion beim Mittagstisch. Da sind Anfälligkeiten vorprogrammiert. Ein Rütteln am Grundkonsens kann zur Zerreißprobe führen, wenn die roten Linien dünner werden. Der Diskurs darf nicht über die klare Kante hinaus verschoben werden.

Wer kennt sie nicht, die Witze nach dem Muster „Herr Ober, ich fühle mich durch das Servierte in meinen Gefühlen übergangen“, aber wenn jemand tatsächliche Erlebnisse von Insekten in der Suppe oder Übersalzung schildern soll, sieht die Luft dünner aus. Hinzu kommt, dass in der Realität die servierende Person meistens weiblich und somit vorabstigmatisiert ist, weil die Gesellschaft durch die Witzeprägung verroht ist. „Dazu kommt, dass die im Witz beanstandete Unzulänglichkeit meistens durch die kochende Person verursacht wurde, hier wird dann gar nicht mehr differenziert“, stellt die Gleichlegungsbeauftragte in ihrem Wochenbericht fest. Mehr Sensibilität ist daher ein gesamtheitliches Gebot.



Wenn die Seniorin ihre zu groß gewordene Wohnung an eine junge Familie nicht abgeben will



Solidarität braucht Zusammenhalt, doch der gerät immer mehr ins Rutschen, wenn Ängste vor einem Ende der Besitzstandwahrung geschürt werden. Fakt ist, es gibt kein Grundrecht auf zu viel Wohnraum. Bei wem die auf Freiwilligkeit zielenden Maßnahmen nicht wirken, sind immer wieder Industrie und Altbürger, die ihre Wut auf alles richten, was sich auftut. Dann muss der Staat einspringen, denn er trägt die Verantwortung für die Zukunft aller.

Studie: Mehrheit wünscht strengeres Vorgehen gegen Unzufriedenheit

Dass die Zufriedenheitsleugner Unzufriedenheit streuen, ist hinlänglich bekannt. Dabei berufen sie sich gern auf einen vermeintlichen Mehrheitswillen. Zu Unrecht, wie eine Studie nun belegt. Eine deutliche Mehrheit befürwortet eine Stärkung des Kampfes gegen die Unzufriedenen. Dies ergibt sich aus der Zustimmung zu der Aussage, dass der Staat mehr Anstrengungen für den Erhalt oder die Herstellung von Zufriedenheit unter den Bürgern unternehmen sollte. „Wir werden auf Bewährtem aufbauen und Neues vorantreiben“, sagte dazu die Bundespressekonferenz.

